

**Haushaltsrede von Nicole Finger, Fraktionsvorsitzende der FDP-Ratsfraktion
Mönchengladbach im Rat der Stadt Mönchengladbach am 14.12.2016**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

was wären diese Haushaltsberatungen gewesen, wäre nicht mit dem Programm „Gute Schule 2020“ kurzfristig doch wieder ein wenig Spielgeld für die Beratungen eingetroffen. Ein bisschen hat sich wohl jeder an eine Standardsituation beim Monopoly erinnert gefühlt. Man hat all sein Geld schon ausgegeben, die Bank will auch nicht mehr und plötzlich zieht man eine Ereignis-Karte: „Rücken Sie vor bis auf Los. Ziehen Sie 36 Millionen Euro ein.“ Herrlich.

Die Meinung der FDP-Fraktion bezüglich des dann einsetzenden Verschiebebahnhofs haben wir sowohl im Schul- als auch im Hauptausschuss bereits ausführlich vorgetragen. Ich erspare Ihnen und mir selber jetzt, uns mit der Wiederholung zu langweilen. Nur drei ganz kleine – natürlich inhaltlich neue - Anmerkungen noch dazu:

Erstens: Nach Durchrechnen des Haushaltsantrags der Groko und der Änderungslisten der Verwaltung bleibt von den 9 Millionen Euro des ersten Programmjahres jetzt eigentlich gar nichts mehr für zusätzliche Maßnahmen im Schulbereich übrig. Und an alle die, die jetzt unruhig werden: Rechnen Sie mal die nicht jahresscharfen Verschiebungen aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz mit rein, dann werden Sie sehen, dass das locker hinkommt. Ich hoffe aber, dass in der Finanzplanung noch soviel Flexibilität steckt, dass wir wenigstens die ersten Ogata-Erweiterungen nach den Sommerferien an den Start bekommen...

Zweitens: Die Sprecherin der Gymnasien hatte im Schulausschuss eine Frage zu der Dimension der Verschiebungen direkt an die CDU-Fraktion adressiert – bekanntermaßen ohne Antwort. Auf diese Antwort wartete Ingrid Habrich zumindest am Montagnachmittag immer noch. Vielleicht kann es ja irgendjemand aus der 8-köpfigen Schul-Fraktion der CDU vor den Weihnachtsferien noch einrichten...

Und drittens: Achtung – jetzt wird's ein bisschen sarkastisch: Wieso lesen wir eigentlich keine begeisterten Kommentare der SPD-Landtagsabgeordneten Hans-Willi Körfges und Angela Tillmanns über die Kreativität der Umsetzung des von Ihnen beschlossenen Programms in Ihrer Heimatstadt?

Aber lassen wir das und wenden wir uns einmal dem Haushalt als solchen zu. Wir sind vielleicht nicht auf dem besten Weg, aber doch noch auf dem Weg für das Jahr 2018 erstmalig nach 24 Jahren einen ausgeglichenen Haushalt zu verabschieden und trotz aller

inhaltlichen Differenzen, die die FDP-Fraktion gerade in diesen und in der letzten Haushaltsberatung mit der momentanen Ratsmehrheit hatte, hoffe ich sehr, dass wir diesen Meilenstein erreichen werden.

Der Weg dahin war und ist mit Sicherheit niemandem leicht gefallen. Das enge Korsett des Haushaltssicherungsplans war für die CDU-Fraktion sogar ein Grund den Beitritt zum Stärkungspakt von vorneherein abzulehnen. Der Stärkungspakt würde nur dazu führen, dass wir uns kaputt sparen würden, war immer wieder zu hören.

Aber wo wären wir denn heute ohne die rund 148 Millionen € Hilfen, die wir allein bis heute über den Stärkungspakt bezogen haben? - Vermutlich beim Sparkommissar.

Das glaubt die CDU freilich nicht. Der Fraktionsvorsitzende hat neulich im Finanzausschuss sogar ausgeführt

, dass wir den Haushaltsausgleich auch ohne Stärkungspakt geschafft hätten, wenn wir alle HSP-Maßnahmen 2012 unverzüglich, autark und proaktiv beschlossen und umgesetzt hätte. Die daraus entstehenden Zinseffekte durch früher ablösbare Kredite hätten die dann noch fehlende Lücke geschlossen.

Mal abgesehen davon, dass der schönste Zinseffekt uns wahrlich keine 3-stelligen Millionenbeträge beschert hätte, lieber Hans-Peter Schlegelmilch – jetzt seien wir doch mal ehrlich. Die Disziplin, bis 2021 knapp 400 Millionen einzusparen, wie es der Haushaltssicherungsplan vorsieht, hätte ohne den Anreiz der 267 Millionen Konsolidierungshilfen doch kein Bündnis in diesem Rat aufgebracht. Die Ampel nicht – und die Groko schon gar nicht.

Denn das Maß halten oder gar Sparen nicht unbedingt eine Stärke der Allianz von CDU und SPD ist, sehen wir doch allein daran, dass es nicht gereicht hat, die mags von vorneherein mit zig Millionen mehr zu bedienen, als es vorher für die gleichen Aufgaben im Rahmen der Stadtverwaltung gegeben hat. Nein, in diesem Haushalt legt die Groko gleich noch mal einen satten Nachschlag drauf.

Unterm Strich hat das Eingreifen der Groko in den Haushalt trotz der Millionen aus guter Schule das Haushaltsdefizit tatsächlich noch vergrößert. Bei Einbringung durch den

Kämmerer wies der Haushaltsentwurf 2017 noch ein Defizit in Höhe von 3,9 Mio. vor, nach Veränderung durch Groko dürfte es nun noch eine knappe Million mehr sein.

Und schauen wir unser nächstes Zwischenziel Haushaltsausgleich 2018 einmal genauer an. Sah der Haushaltsplan für 2016 für das Jahr 2018 noch ein positives Jahresergebnis von 4,8 Mio. € (die in der IHK-Stellungnahme genannte Zahl 3,9 Mio. ist übrigens das Ergebnis des

Haushaltsentwurfs, nicht des beschlossenen Plans) vor, ist dieser Puffer nun geschmolzen. Er beträgt nunmehr nicht einmal mehr eine Million €. In Relation zur Gesamtsumme des Ergebnishaushalts von einer Milliarde also eigentlich nur noch die sogenannte schwarze Null.

Und verschiedene Haushaltsrisiken hängen ja noch wie Damoklesschwerer über uns. Da der Oberbürgermeister uns ja gebeten hat, hier nicht länger als eine Viertelstunde vorzutragen, nenne ich jetzt nur das aus meiner Sicht größte:

Die noch nicht quantifizierte Steigerung der Kosten der Unterkunft. Sie erinnern, da gab es ein wenig Verwirrung, wann und wie das haushaltsrelevant werden könnte: Im Hauptausschuss am 08. Juni hatte Verwaltung uns noch mitgeteilt, es sei nicht sicher, ob wir selbst im kommenden Jahr mit der Vorlage eines Schlüssigen Konzepts für die Kosten der Unterkunft rechnen könnten – man sei gerade erst dabei, Eckpunkte für eine Ausschreibung zwecks externer Erstellung zu erarbeiten. Keine 24 Stunden später nahmen wir erstaunt zur Kenntnis, dass die entsprechende Ausschreibung bereits veröffentlicht worden war. Und Anfang August teilte Verwaltung der FDP-Fraktion auf Nachfrage dann mit, dass das Konzept möglicherweise noch in diesem Ratszug vorgelegt würde. Das kam dann aber doch nicht.

Nichtsdestotrotz wissen wir bereits: Ein flächendeckender Anstieg der Mietkosten würde die Stadt Mönchengladbach je 10 Cent pro Monat und Quadratmeter jährlich mit 1,3 Mio. Euro belasten – da wirken die prophylaktisch dafür in den Haushalt eingestellten 6,5 Mio. Euro gleich gar nicht mehr so viel. Und in Relation zu den gesamten Aufwendungen sind das auch nur knappe 6%.

Was tun wir also, um dieses Risiko für den Haushaltsausgleich 2018 abzusichern? Bislang wenig.

Im Gegenteil: Die Groko legt im späteren Verlauf der heutigen Sitzung wieder einen bunten Strauß Anträge vor, die am Ende weitere Haushaltsverschlechterungen nach sich ziehen werden – und das ohne die entsprechende Finanzwirksamkeit überhaupt nur auszuweisen.

So kann eine Verlegung des Arbeitslosenzentrums unter bestimmten Umständen sinnvoll sein, sie wird aber mit Sicherheit Geld kosten. Kameras für bewegte touristische Bilder sind vielleicht ein nettes Gimmick – aber auch nicht umsonst zu haben. Und der Beitritt zur Innovationsregion Rheinisches Revier mag zu 80% gefördert werden, über die absolute

Höhe des 20%igen Eigenanteils tappt aber selbst der sorgfältigste Leser der Antragsbegründung im Dunkeln.

Meine Damen und Herren der Groko – wenn Sie für 2018 tatsächlich einen ausgeglichenen Haushalt beschließen wollen, dann müssen Sie sich endlich wieder darauf besinnen, dass wir unsere Ausgabenseite im Zaum halten müssen.

Dadurch, dass man sich den ein oder anderen Wunsch einfach mal verkneift. Und dadurch, dass wir im nächsten Jahr konsequent auswerten und umsetzen, was die Firma Imaka uns an Vorschlägen zur Aufgabenkritik und zur Optimierung der Geschäftsprozesse im Sozial-, Jugend- und Gesundheitsbereich vorschlägt.

Leider wurde ja die HSP-Begleitkommission mit der Vorstellung der Ergebnisse der bisherigen Untersuchung vom Oberbürgermeister nun gleich zweimal verschoben, so dass Politik noch nicht konkret weiß, was sie dort an Sparvorschlägen erwartet. Der Zwischenbericht, den wir im Sommer erhalten haben, ließ aber ahnen, dass wir dort die Einsparpotentiale finden, auf die die FDP schon gehofft hat, als der damalige sozialdemokratische Personal- und Organisationsdezernent Hans-Jürgen Schnass diese Untersuchung auf die Schiene gesetzt hat.

Neues Denken und neues Handeln wird nun tatsächlich gefragt sein, um den großen Sozialapparat der Stadtverwaltung nachhaltig positiv zu verändern, denn auch dieser Weg wird kein leichter sein.

Die Alternative besteht aber wohl nur darin, dass Ende nächsten oder übernächsten Jahres die Bürger dieser Stadt wieder dran sind, eine Ereigniskarte ziehen, auf der dann schon wieder steht:

„Die Steuern werden erhöht. Zahlen Sie Summe X an die Bank.“

Das – meine Damen und Herren – gilt es mit aller Kraftanstrengung zu verhindern!



Ich bedanke mich im Namen der FDP-Fraktion herzlich bei allen Mitarbeiterinnen der Verwaltung, die an der Erstellung dieses Haushaltsplans beteiligt waren – ich weiß, da steckt eine Menge Arbeit drin.

Die Richtung, die CDU und SPD diesem Haushaltsentwurf durch ihre haushaltsrelevanten Beschlüsse im letzten Jahr und in den Haushaltsberatungen gegeben haben, verhindert aber, dass wir hier heute zustimmen können.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!